



An den Grossen Rat

16.5300.02

ED/P165300

Basel, 14. September 2016

Regierungsratsbeschluss vom 13. September 2016

Interpellation Nr. 81 von Rudolf Rechsteiner betreffend „Basel-Stadt als Geld-Tankstelle des Baselbiets“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 08.06.2016)

„In der BZ Basel vom 30. Mai äussert sich der Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Herr Christoph Buser, wie folgt: "Wenn sich Baselland trotz deutlich kleinerem Kantonsbudget zu einer 50-Prozent-Beteiligung an der Uni hinreisen lässt, ist das nicht nachhaltig." Den 80-Millionen-Deal, immerhin eine freiwillige Zuwendung aus Basel-Stadt, kritisiert er als "einer der grösseren Fehler in der jüngeren Vergangenheit" und die Pläne der Universität, zwei Fakultäten nach Baselland zu legen, seien ein "absichtlich lancierter Gag im Vorfeld der Abstimmung" über das Referendum zur Pensionskassen-Finanzierung der Universität.

In bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Chef der Wirtschaftskammer zieht den Vergleich der beiden Kantonsbudgets als Bemessungsgrundlage für Leistungsfähigkeit heran.
 - a. Müsste man nicht dem Umstand Rechnung tragen, dass das Budget Basel-Stadt auch die Gemeinde-Ausgaben von Basel beinhaltet und ein direkter Vergleich methodisch problematisch ist?
 - b. Müsste man nicht dem Umstand Rechnung tragen, dass das Budget Basel-Stadt auch die Ausgaben für Kultur und Zentrumsleistungen der Spitäler beinhaltet, für welche das Baselbiet selber nicht zahlen will, obschon eine grosse Zahl Nutzniessende im Landkanton wohnt?
 - c. Was sagt der eidgenössische Ressourcen-Index zur Leistungsfähigkeit der beiden Kantone?
 - d. Wie sähe ein konsolidierter Budgetvergleich zwischen den beiden Kantonen aus, der die Leistungen der Gemeinden und die Abflüsse von Leistungen an Nutzniessende aus dem Baselbiet berücksichtigt?
2. Die Wirtschaftskammer Baselland versucht offensichtlich, die von ihr selber verursachten Finanzprobleme (Strassenbauten mit entsprechender Zunahme der Staus, unangemessene Steuersenkungen), durch Verschiebung von Lasten nach Basel-Stadt zu lösen. Der Schlüssel 50:50 im Universitätsvertrag soll zu diesem Zweck gesenkt werden.
 - a. Wie hoch sind die Studierendenzahlen aus Baselland und aus Basel-Stadt im Vergleich? Welcher Lastenschlüssel würde sich aus diesem Verhältnis ergeben?
 - b. Gibt es eine Untersuchung darüber, in welchen der beiden Kantone mehr Dozierende wohnen und inwiefern diese zum Steuersubstrat von Basel-Stadt und Baselland beitragen? Liegen konkrete Schätzungen vor und wie lauten sie?
 - c. Gibt es Schätzungen, inwiefern die Leistungen der Universität insgesamt auch zur wirtschaftlichen Prosperität des Baselbiets beitragen?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Verlegung von Fakultäten ins Baselbiet? Wie verläuft der Ablauf der Entscheide:
 - a. Wer entscheidet über die Verlegung von Fakultäten der Universität nach Baselland?
 - b. Wann sind diesbezüglich Entscheide zu erwarten?
 - c. Teilt der Regierungsrat die Ansicht des Wirtschaftskammer-Direktors, die Verlegungspläne seien ein reiner Gag vor der Volksabstimmung gewesen?
4. Was unternimmt der Regierungsrat, dass der Nachbarkanton seine selbstverursachten Probleme nicht auf Kosten des Stadtkantons löst?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Einleitung

Im Vorfeld der Partnerschaftsvorlage, die mit dem Abstimmungsergebnis über das Referendum zur Finanzierung der Pensionskassenreform der Universität Gültigkeit erhalten hat, gehen Bestimmungen einher, welche die Regierungen beide beschlossen und mit ihrer Medienmitteilung vom Oktober 2015 publiziert haben. Dazu gehört insbesondere, dass die Regierungen jetzt über den Leistungsauftrag und Globalbeitrag der anstehenden Leistungsperiode 2018–2021 verhandeln. Der Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität, der als Gegenstand jahrelanger zäher Verhandlungen auch die damaligen Anliegen des Kantons Basel-Landschaft berücksichtigt, steht nicht zur Disposition.

Vor diesem Hintergrund beantworten wir die einzelnen Fragen wie folgt:

1. *Der Chef der Wirtschaftskammer zieht den Vergleich der beiden Kantonsbudgets als Bemessungsgrundlage für Leistungsfähigkeit heran.*
 - a. *Müsste man nicht dem Umstand Rechnung tragen, dass das Budget Basel-Stadt auch die Gemeinde-Ausgaben von Basel beinhaltet und ein direkter Vergleich methodisch problematisch ist?*

Für die Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist nicht das Ausgabenvolumen eines Kantons relevant, sondern das Ressourcenpotenzial. Das Ressourcenpotenzial besteht aus der Summe der steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen sowie der Gewinne der juristischen Personen. Dieses System liegt dem neuen nationalen Finanzausgleich zugrunde.

Das Koppeln des Finanzierungsschlüssels an das Budget wäre komplett falsch. Dies würde bedeuten, dass ein Kanton mit höheren Zentrumslasten und damit höherer Steuerbelastung automatisch mehr an die Finanzierung der gemeinsamen Universität zahlen. Es würde bspw. auch bedeuten, dass ein Kanton mit hohen Gesundheitskosten aufgrund der Demographie mehr an die Universität zahlen müsste als ein Kanton mit einer jüngeren Bevölkerungsstruktur.

Korrekt ist die Feststellung des Interpellanten, dass immer berücksichtigt werden muss, dass beim Kanton Basel-Stadt auch die kommunalen Lasten von 89 % der Kantonsbevölkerung enthalten sind. Aus diesem Grund machen interkantonale Vergleiche nur Sinn, wenn jeweils die kommunale und kantonale Ebene kumuliert werden.

- b. *Müsste man nicht dem Umstand Rechnung tragen, dass das Budget Basel-Stadt auch die Ausgaben für Kultur und Zentrumsleistungen der Spitäler beinhaltet, für welche das Baselbiet selber nicht zahlen will, obschon eine grosse Zahl Nutzniessende im Landkanton wohnt?*

Sowohl der Universitätsvertrag wie der vierkantonale Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Fachhochschule Nordwestschweiz sind am konsequentesten nach dem Prinzip «gleichwertige Mitbestimmung und anteilmässige Finanzierung gemäss Leistungsbezug» ausgerichtet. Dieses Prinzip wurde nicht zuletzt von Kanton Basel-Landschaft im Rahmen der Verhandlungen eingebracht. Bei der Universität bezahlt jeder Kanton für die eigenen Studierenden die Vollkosten, die verbleibenden Kosten (das sogenannte Restdefizit) werden nach Abzug einer Abgeltung für den Standortvorteil zulasten des Kantons Basel-Stadt hälftig aufgeteilt. Der erwähnte Standortvorteil betrug bis 2016 10 %, ab 2017 beträgt er 5 % des Restdefizits. Dieses beträgt im Jahr 2016 rund 200 Mio. Franken. Ab 1. Januar 2017 soll das gleiche Prinzip auch für die gemeinsame Trägerschaft des Swiss TPH angewendet werden, allerdings ohne Berücksichtigung eines Standortfaktors. Insofern werden die Zentrumsleistungen im Hochschulbereich am konsequentesten abgegolten. Für

andere Bereiche, zum Beispiel die Kultur, besteht eine überproportionale Finanzierung der Leistungen durch den Kanton Basel-Stadt.

c. Was sagt der eidgenössische Ressourcen-Index zur Leistungsfähigkeit der beiden Kantone?

Das Ressourcenpotenzial der beiden Kantone ist zurzeit ziemlich exakt gleich hoch, im Kanton Basel-Landschaft beträgt dieses im 2016 8'621 Mio. Franken und im Kanton Basel-Stadt 8'773 Mio. Franken. Diese gleiche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begründet und ermöglicht auch eine paritätische Finanzierung des Restdefizits. Da der Kanton Basel-Stadt über eine geringere Bevölkerungszahl verfügt, liegt der Ressourcenindex von Basel-Stadt bei 143,5 und der Ressourcenindex von Basel-Landschaft liegt bei 97,6. Der Ressourcenindex ist somit in BS 47% höher als in BL.

Im Jahre 2017 zahlt der Kanton Basel-Stadt 102,5 Mio. Franken ans Restdefizit der Universität, dies bei einer momentanen Bevölkerungszahl von 197'690¹. Der Kanton Basel-Landschaft zahlt 92,7 Mio. Franken an die Universität bei einer Bevölkerungszahl von 285'557².

Somit zahlt Basel-Stadt pro Einwohner 518 Franken und der Kanton Basel-Landschaft zahlt 325 Franken pro Einwohner ans Restdefizit der Universität Basel. Jeder Einwohner von Basel-Stadt zahlt somit 60 % mehr ans Restdefizit der Universität als ein Einwohner des Kantons Basel-Landschaft, dies obwohl der Ressourcenindex in Basel-Stadt nur 47 % grösser ist.

d. Wie sähe ein konsolidierter Budgetvergleich zwischen den beiden Kantonen aus, der die Leistungen der Gemeinden und die Abflüsse von Leistungen an Nutzniessende aus dem Baselbiet berücksichtigt?

Ein solcher konsolidierter Budgetvergleich existiert nicht.

2. *Die Wirtschaftskammer Baselland versucht offensichtlich, die von ihr selber verursachten Finanzprobleme (Strassenbauten mit entsprechender Zunahme der Staus, unangemessene Steuersenkungen), durch Verschiebung von Lasten nach Basel-Stadt zu lösen. Der Schlüssel 50:50 im Universitätsvertrag soll zu diesem Zweck gesenkt werden.*

a. Wie hoch sind die Studierendenzahlen aus Baselland und aus Basel-Stadt im Vergleich? Welcher Lastenschlüssel würde sich aus diesem Verhältnis ergeben?

Ende 2015 waren 2'248 Studierende aus dem Kanton Basel-Landschaft und 2'611 Studierende aus dem Kanton Basel-Stadt an der Universität Basel immatrikuliert. Würde die Universität rein aufgrund der Studierendenzahl finanziert, ergäbe sich für das Restdefizit der Universität eine Quote von 53,7 % zu 46,3 %. Der Regierungsrat hält jedoch die aktuelle Finanzierungsquote für richtig. Denn die Kosten der Universität werden nicht nur durch die Studierenden, sondern insbesondere auch durch die forschungsgetriebene strategische Schwerpunktsetzung bestimmt.

b. Gibt es eine Untersuchung darüber, in welchen der beiden Kantone mehr Dozierende wohnen und inwiefern diese zum Steuersubstrat von Basel-Stadt und Baselland beitragen? Liegen konkrete Schätzungen vor und wie lauten sie?

Es gibt eine Studie der BAK Basel über die regionale volkswirtschaftliche Bedeutung der Universität Basel vom Januar 2016, die das Rektorat der Universität in Auftrag gegeben hat. Die Studie zeigt anhand von Modellberechnungen, dass der Universitätsbetrieb regionalwirtschaftliche Effekte in einer Bruttowertschöpfung von rund 743 Mio. Franken und 5'850 Arbeitsplätze in der gemeinsamen Region BS/BL generiert. Die Studie hält gleichzeitig fest, dass der Wert einer Bildungs- und Forschungsinstitution nicht lediglich nach ihren

¹ Ende Juni 2016, Quelle: www.statistik.bs.ch

² 2. Quartal 2016, Quelle: www.statistik.bl.ch

kurzfristigen Nachfrageeffekten zu beurteilen sei: «aus wirtschaftlicher Sicht liegt der Zweck der Universität vielmehr darin, dass notwendige Fachkräftepotenzial auszubilden und möglichst praxisrelevante Forschung zu betreiben, um die künftige Produktivität, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stärken. So betrachtet ist eine Hochschule eine Investition in die Zukunft»³. Die Studie hält weiterhin fest, dass eine standortspezifische Quantifizierung des volkswirtschaftlichen Nutzens der Universität empirisch nicht durchführbar sei. Insofern liegen keine Aussagen in dem von der Interpellation angesprochenen Detailgrad vor.

c. Gibt es Schätzungen, inwiefern die Leistungen der Universität insgesamt auch zur wirtschaftlichen Prosperität des Baselbiets beitragen?

Die vorher genannte Wertschöpfungsstudie bezieht sich auf die Auswirkungen der Universität auf die Gesamtregion. Ein Nutzeneffekt der Kantonsgrenze entlang lässt sich methodisch seriös nicht quantifizieren.

3. *Wie stellt sich der Regierungsrat zur Verlegung von Fakultäten ins Baselbiet? Wie verläuft der Ablauf der Entscheide:*

a. Wer entscheidet über die Verlegung von Fakultäten der Universität nach Baselland?

Standortentscheide werden von der Universität vorbereitet, aber von den beiden Trägerregierungen gefällt. Den bisherigen Standortentscheiden (Campus Petersplatz und Campus Schällemätteli) gingen Evaluationen in beiden Kantonen voraus, die von externen Experten unter Beizug einer bikantonalen Begleitgruppe vorgenommen wurde. Die Standortentscheide wurden von beiden Regierungen gefällt und in den Parlamentsvorlagen über die grossen Infrastrukturen dargestellt.

b. Wann sind diesbezüglich Entscheide zu erwarten?

Bezüglich eines Standorts Liestal ist eine Machbarkeitsstudie in Arbeit, die noch vom Universitätsrat zu behandeln sein wird. Ausserdem werden auch mögliche Standorte in Münchenstein und Muttenz evaluiert. Sollte der Universitätsrat den Regierungen den Antrag für einen Standort in Liestal stellen, müssten im Vorfeld der Bereitstellung eines solchen Areals die entsprechenden Abklärungen besonders des Kantons Basel-Landschaft erfolgen. Dafür liegt noch kein Zeitplan vor.

c. Teilt der Regierungsrat die Ansicht des Wirtschaftskammer-Direktors, die Verlegungspläne seien ein reiner Gag vor der Volksabstimmung gewesen?

Die Regierung weiss mit Bestimmtheit, dass dies nicht der Fall ist. Die Universität hatte nicht vor, die noch intern gehaltenen Abklärungen zu veröffentlichen. Erst als die BZ am 25. April 2016 über die entsprechenden Pläne berichtete (wobei schon früher bekannt war, dass sich Liestal als Standort angeboten hat), entschloss sich die Universität, an ihrer gleichentags stattfindenden Jahreskonferenz darüber zu informieren. Diese Information hat dann viel grösseres mediales Echo gefunden, als der eigentliche Gegenstand der Medienkonferenz, der Jahresbericht 2015 der Universität.

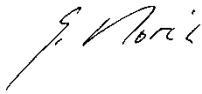
4. *Was unternimmt der Regierungsrat, dass der Nachbarkanton seine selbstverursachten Probleme nicht auf Kosten des Stadtkantons löst?*

Das Gefäss der laufenden Partnerschaftsverhandlungen und der regelmässige Austausch der beiden Regierungen bieten die Grundlage, um mit Geduld und in partnerschaftlichem Geist das Zusammenwirken der beiden Basel in der Region zu lösen. Es ist anzuerkennen, dass der Kanton Basel-Landschaft im Hochschulbereich seinen Teil der Verantwortung wie der Kosten übernommen hat. Es ist legitim, dass der Kanton Basel-Landschaft nach einer 10-jährigen Phase und in den aktuellen finanziellen Schwierigkeiten die Staatsverträge ge-

³ Zitat aus: Regionale volkswirtschaftliche Bedeutung der Universität Basel, BAK Basel, Januar 2016 (Executive Summary).

nauer analysiert und ggf. Anpassungen zur Diskussion stellt. Wie mit der Partnerschaftsvorlage bewiesen wurde, ist der Kanton Basel-Stadt auch bereit, der aktuellen finanziellen Situation des Kantons Basel-Landschaft Rechnung zu tragen. Der Regierungsrat wird jedoch sein Augenmerk darauf richten, dass langfristig die wohlverstandenen Interessen des Kantons Basel-Stadt gewahrt bleiben und eine paritätische Finanzierung gemeinsamer Vorhaben angestrebt wird. Dabei ist auch der Unterschied zu den Verhandlungen der Jahre 2000–2005 zu beachten. Damals befand sich der Kanton Basel-Stadt in einer äusserst schwierigen finanziellen Lage. Es ging damals darum, Zentrumskosten, die der Kanton Basel-Stadt für den Landkanton leistete, zu reduzieren. Dass der Kanton Basel-Stadt selbst seinen eigenen Beitrag vollumfänglich zu leisten hat, stand und steht ausser Zweifel.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin